



Ortsverband DACHAU
Stadtratsfraktion
Dr. Dominik Härtl (Vorsitzender)
Klosterstr. 9a
85221 Dachau

Große Kreisstadt Dachau
z.H. Herrn Oberbürgermeister Hartmann
Konrad-Adenauer-Str. 2-6
85221 Dachau

Dachau, 22. Oktober 2014

ANTRAG: Parkraum-Management im Bahnhofsumfeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hartmann,

die Stadtratsfraktion der CSU stellt den

ANTRAG,

die Stadtverwaltung zu beauftragen, eine Machbarkeitsuntersuchung zum Parkraum-Management rund um den S-Bahnhof Dachau zu erstellen. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten der Ordnung des ruhenden Verkehrs in diesem Bereich rechtlich und tatsächlich bestehen und welche dieser Maßnahmen für die Situation am Dachauer Bahnhof als zielführend erachtet werden. Dabei sind insbesondere die Möglichkeiten von Kurzparkzonen, kostenpflichtigem Parken, Bewohnerparken und Kombinationen hieraus zu berücksichtigen. Des Weiteren sind die jeweiligen Voraussetzungen, der zu erwartende Aufwand, sowie die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen darzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Die CSU-Fraktion verfolgt das Ziel, den Öffentlichen Personennahverkehr sowie den Radverkehr in der Stadt zu stärken. Die Verlängerung der Buszeiten bis 22 Uhr wurde daher ebenso unterstützt wie der Plan für die Errichtung eines Fahrradparkhauses am Bahnhof. Damit einher geht die Notwendigkeit, den überbordenden Binnenverkehr im Stadtgebiet in den Griff zu bekommen. Die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur manifestiert sich bereits früh morgens rund um den Bahnhof, wo der ruhende Verkehr in immer weitere Ecken und Straßen vordringt. Insbesondere für die Bewohner im Umkreis des Bahnhofs gilt es, die Parksituation zu verbessern. Ebenso ist der ausufernde ruhende Verkehr an den Flanken des P+R Parkplatzes, sowie entlang der Oberen Moosswaigstraße eine zunehmende Belastung für das gesamte Quartier.

Gegenstand der Untersuchung:

Der Umgriff des zu untersuchenden Gebiets ist in folgende Bereiche zu unterteilen:

- 1) das Gebiet *östlich* der Bahn (begrenzt von der Schleißheimer Straße, der Jahnstraße und der Oberen Moosswaigstraße, einschließlich des P+R-Parkplatzes)
- 2) das Gebiet *westlich* der Bahn (begrenzt von der Augustenfelderstraße, der Lessingstraße, der Münchner Straße und der Bahnhofstraße, wobei die beiden letztgenannten nicht zum

Untersuchungsgebiet zählen sollen)

Die Untersuchung soll mögliche Maßnahmen des Parkraum-Managements in Bezug auf geeignete Teilbereiche des genannten Umgriffs darstellen. Diese Maßnahmen sollten zumindest 90-Minuten-Kurzparkzonen, Bewohnerparkzonen, Gebührenpflichtige Parkzonen, Halteverbote, sowie Kombinationen daraus umfassen. Insbesondere ist die Frage zu klären, ob die Voraussetzungen für die Einführung von Bewohnerparkzonen in den beiden Gebieten gegeben sind und welche weiterführenden Aspekte zu berücksichtigen wären. Aus Sicht der CSU-Fraktion sind für die Bereiche östlich und westlich der Bahn auch unterschiedliche Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung möglich und wohl auch notwendig, da es sich einmal um ein Wohngebiet und einmal ein Gebiet mit Einzelhandel, Behörden, Ärzten etc. handelt.

Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, welche Folgen sich durch die einzelnen Maßnahmen für das Stellplatzangebot rund um den Bahnhof ergeben würden. Ggf. sind Beispiele aus anderen Städten heranzuziehen.

Um die Untersuchung abzurunden sind neben einem möglichen Umsetzungszeitraum auch die monetären Auswirkungen darzustellen. Dazu gehören der notwendige Verwaltungsmehraufwand für die Einführung und Betreuung von Bewohnerparken und der Mehraufwand für Kontrollen der jeweiligen vorgeschlagenen Maßnahmen. Des Weiteren sollen erforderliche bauliche Investitionen (z.B. betreffend Halteverbotszonen) in Bezug auf die dargestellten Alternativen für die Teilbereiche des Untersuchungsgebiets abgeschätzt werden. Diesen Aufwendungen soll eine Einschätzung möglicher Einnahmen der dargestellten Alternativen des Parkraum-Managements in Bezug auf die konkreten Teilbereiche gegenübergestellt werden.

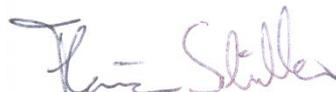
HAUSHALTMÄSSIGE AUSWIRKUNGEN:

Da die Prüfung verwaltungsintern erfolgen soll, keine.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dominik Härtl
Fraktionsvorsitzender



Florian Schiller
Stadtrat